

Bürgergeld und Neokratie

Erschütterungen des politischen Denkens¹

Vorbemerkung

Bei der Auswahl von Referenten ist Vorsicht geboten. Man holt sich - und das ist nur allzu verständlich - ungern falsche Meinungen oder falsche Überzeugungen ins Haus. Man will sich nicht anhören, worüber man schon immer den Kopf geschüttelt hat und auch in Zukunft am liebsten den Kopf schütteln würde.

Insofern, fürchte ich, haben Sie einen Missgriff getan. Zumindest wird in dieser Hinsicht Ihre Aufgeschlossenheit stark strapaziert werden. Seien sie also auf Ungewohntes gefasst.

Das Ungewohnte hat es auf meinen Erkundungsfeldern, nämlich vor allem den Entwicklungsperspektiven von Staat und Gesellschaft, sehr schwer. Das ist eigentlich erstaunlich, denn die Welt wandelt sich rascher denn je. Aber was sich so rasch wandelt, sind vor allem die Arbeitswelten oder, allgemeiner gesagt, die Welt der Wirtschaft. In der gesellschaftlichen und politischen Ideenwelt herrscht Stagnation. Das ist auch eine Frage des Zeitgeistes. Es entspricht dem Zeitgeist, Neues auf diesem Gebiet mit Utopieverdacht zu belegen und damit zu diskreditieren. Man hat verständlicherweise das Gefühl, der Wandel der Wirtschaft sei schon anstrengend genug, und man möchte sich ein paar Gewissheiten erhalten, auch und gerade im Bereich politischer Grundüberzeugungen. Aber so verständlich dieser Wunsch ist: Auch politische Grundüberzeugungen haben ein Verfalldatum. Das galt nicht etwa nur, wie es stillschweigend immer wieder unterstellt wurde, für den überwundenen Sozialismus. Es gilt auch für die Grundüberzeugungen, auf denen unsere Art von Demokratie beruht. Wir müssen sogar befürchten, dass viele von uns dieses Verfalldatum noch erleben werden. Oder optimistischer gewendet: Wir können es hoffen.

¹ Manuskript eines Vortrags, gehalten am 06.02.06 in Aachen

Für meine Botschaft zu einer ganz und gar gewandelten politischen Zukunft bleibt mir jetzt weniger als eine Stunde. Ich weiß natürlich, dass sich politische Grundüberzeugungen kaum je umstürzen lassen, schon gar nicht in der kurzen Zeitspanne eines Vortrags. Ein solcher Überzeugungswandel wäre ein Abschied von fast allem, was man im Laufe eines Lebens an politischen Überzeugungen aufgesogen hat, sei es als formeller Bildungsinhalt, sei es über die Medien oder sei es auch in Form von Wissenschaft. Es wäre ein Abschied von lieb gewonnenen Selbstverständlichkeiten, und es wäre damit auch, egal, welchem Teil des politischen Spektrums man sich zurechnet, eine tiefgreifende intellektuelle Erschütterung. Zumindest andeutungsweise will ich Ihnen eine solche Erschütterung dennoch zumuten.

Zur Begriffsgeschichte des Bürgergeldes

Beginnen wir mit dem so genannten Bürgergeld, denn dies ist ein vergleichsweise harmloser Einstieg. Das Bürgergeld hat damit zu tun, wo die Grenze zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit verläuft, zwischen Arbeit also und so vielfältigen Phänomenen wie Arbeitslosigkeit, Renteneintritt und Arbeitsunfähigkeit. Es geht dabei, anders gesagt, um die Reichweite der Arbeitswelt. Die Arbeitswelt wird irgendwann ihre Reichweite auf neuartige Weise herauszubilden haben, und das Bürgergeld - das richtig verstandene - kann hierbei eine Schlüsselrolle spielen.

Leider wird der Begriff Bürgergeld in aller Regel falsch verstanden, und ich muss ihnen daher eine kurze begriffsgeschichtliche Erläuterung geben. Der Bürgergeldbegriff wurde von mir Ende der achtziger Jahre geprägt. Gemeint war damit ein Grundeinkommen, auf das jeder Bürger, gleich welchen Alters und unabhängig von seiner sonstigen momentanen Lebenslage, in prinzipiell gleicher Höhe Anspruch haben sollte. Daher der Name Bürgergeld. Um Anspruch auf das Geld zu haben, müsste man eben nur Bürger seines Staates sein, mehr nicht. In weitere Einzelheiten hätte der Staat sich nicht einzumischen.

Dabei unterstellte ich, dass diese Nichteinmischung des Staates als liberale Staatstugend zumindest auf lange Sicht an Bedeutung gewinnen würde; dass also die Bürger gegenüber ihrem Staat einen immer gewichtigeren so genannten *Nichteinmischungsanspruch* geltend machen würden. Wie es derzeit um den Rang und die Durchsetzungskraft dieses Anspruchs bestellt ist, lässt sich schwer abschätzen. Es hat wohl eher den Anschein, als hätte der

Staat die Bürger in dieser Hinsicht momentan wieder in die Defensive gedrängt. Eine solche Entwicklung kann sich aber jederzeit umkehren. Je weniger die Bürger sich auf lange Sicht die Einmischungen des Staates in ihre individuellen Lebensumstände gefallen lassen wollen, desto wichtiger wird es für sie, solidarische Zuwendung ohne solche Einmischung erhalten zu können. Nur das Bürgergeld, das echte Bürgergeld, wäre eine solche einmischungsfreie Zuwendung.

Das Bürgergeldkonzept war aber von Beginn an auch in Zusammenhang mit einer Analyse des Arbeitsmarktes gewachsen. Es war also Grundlage nicht nur für ein Konzept sozialstaatlicher Solidarität, sondern mehr noch für ein umfassendes Beschäftigungskonzept. Das Bürgergeld war gedacht als Instrument der - ich benutze hier ganz bewusst diesen altmodisch klingenden Begriff - Vollbeschäftigung.

Der Name Bürgergeld erwies sich dann leider als griffig genug, um für ganz andere Zwecke in Dienst genommen zu werden. Es ist eine unrühmliche Geschichte. Ich erinnere mich an eine telefonische Diskussion mit einem Parteienvertreter, der mir Anfang der neunziger Jahre allen Ernstes die Einführung des Bürgergeldes für die nächste Legislaturperiode ankündigte. Dies war exemplarisch für den sprachlichen und politischen Missbrauch des Begriffs. Der Begriff Bürgergeld wurde verwendet als etwas, das sich gewissermaßen im Handumdrehen in das bestehende System der sozialen Sicherung würde einführen lassen. Es wurde beispielsweise als ein systemkonformes Grundeinkommen für alle etwa in Höhe der bestehenden Sozialhilfe missverstanden. Der einschlägigen Wissenschaft fiel es nicht schwer, ein derart missverstandenes Bürgergeld als unfinanzierbar abzutun. In der Folge wurde dann versucht, den Begriff Bürgergeld zu retten, indem man ihn auf allerlei konventionelle Instrumente wie Sozialhilfe, Kombilohn und auch auf die so genannte negative Einkommensteuer anwendete. So zerzaust man einen Begriff. So redet man ein mögliches Generationenprojekt klein, dessen Zeithorizont denjenigen herkömmlicher Politiker und politischer Parteien weit übersteigt.

Vom Bürgergeldkonzept ist in der öffentlichen Debatte letzten Endes kaum mehr als der Name geblieben, und noch immer wird dieser Name mit verschiedensten herkömmlichen sozialpolitischen Inhalten in Verbindung gebracht. Ein echtes Bürgergeld dagegen, wie ich es konzipiert hatte, wäre

kein Instrument für den herkömmlichen Staat, sondern ein Instrument zu dessen Überwindung.

Bürgergeld, Beschäftigung und Wohlstand

Das Bürgergeld, um dies noch einmal zu betonen, war und ist ein Vollbeschäftigungskonzept. Dass ein solches Konzept zwar rein ökonomisch gesehen fast entbehrlich erscheint, zugleich moralisch aber zunehmend unentbehrlicher wird, ergibt sich aus ganz elementaren Einsichten in die Funktionsweise des Arbeitsmarktes.

Langfristig ist in den meisten Ländern die Arbeitslosigkeit, im weitesten Sinne verstanden, stark gestiegen. Es gäbe aber für die meisten Arbeitslosen Alternativen, zumindest nach einer gewissen Umstellungszeit für die Märkte und insbesondere für die Arbeitgeber. Die Alternative zur Arbeitslosigkeit ist - in aller Regel zumindest - schlecht bezahlte Arbeit. Man kann dies nicht oft genug wiederholen, damit es sich in der Diskussion um diese Frage wirklich tief einprägt. Die Alternative zur Arbeitslosigkeit ist schlecht bezahlte Arbeit.

Dies mag eine unbequeme Einsicht sein, aber sie lässt sich auf Dauer nicht leugnen. Sie wird sich durchsetzen, weil Arbeitslosigkeit kein vorübergehendes Problem ist, sondern ein dauerhaftes. Ein sich selbst überlassener Arbeitsmarkt wird die Spanne der Arbeitseinkommen und damit das Ausmaß der materiellen Ungleichheit weiter wachsen lassen, und er wird damit das Problem der niedrigen Arbeitseinkommen langfristig noch weiter verschärfen. Man schafft daher, wenn man die Arbeitslosigkeit allein mit marktkonformen Methoden senken will, ein immer größeres Armutsproblem.

Dieses Dilemma ist unausweichlich. Die Gesetzmäßigkeiten des Marktes lassen sich nicht außer Kraft setzen, auch nicht auf dem Arbeitsmarkt. Man kann daher, wenn man auf Dauer mehr Beschäftigung schaffen will, nicht zugleich das Problem der niedrigen Arbeitseinkommen lösen. Was man beherrschen kann, ist allein das Armutsproblem. Der Staat nämlich kann seinen Bürgern ein Sockeleinkommen zahlen, das sie auch dann nicht in Armut stürzen lässt, wenn die Arbeitseinkommen sehr niedrig sind. Ein solches Sockeleinkommen wäre das Bürgergeld.

Je höher das Bürgergeld, desto weniger müsste man hinzuverdienen, um den Lebensunterhalt zu sichern, um also Armut zu vermeiden. Und je weniger

man mit Arbeit hinzuverdienen müsste, desto geringer könnte das Arbeitsentgelt sein. Und je geringer wiederum das geforderte Arbeitsentgelt sein könnte, desto eher gelänge Vollbeschäftigung.

Die Reichweite des Arbeitsmarktes könnte also durch ein Bürgergeld wesentlich erhöht werden. Wenn das Bürgergeld hoch genug wäre, könnte man das Problem Arbeitslosigkeit letztlich sogar als eine reine Privatangelegenheit der betroffenen Arbeitskräfte betrachten. Wer nicht arbeitete, täte dies aus freien Stücken. Er täte es zumindest ohne eine materielle Not, die staatlicher Zuwendung bedürfte, die sich also nicht durch individuelle Versicherungen hinreichend lindern ließe. Arbeitslosigkeit hätte dann endgültig aufgehört, ein Politikum zu sein. Dies wäre ein Zustand, den man mit Fug und Recht als Vollbeschäftigung bezeichnen könnte.

Auch in einem Bürgergeldsystem wären natürlich staatliche Beschäftigungsmaßnahmen möglich und nötig, aber auch in diesen Maßnahmen müsste durch Arbeit nur das Wenige hinzuverdient werden, das zusätzlich zum Bürgergeld für den Lebensunterhalt notwendig ist. Solche Programme hätten daher einen ganz anderen Charakter als im herkömmlichen Sozialstaat. Sie stünden nicht unter Druck, eine ähnlich hohe Produktivität zu simulieren wie herkömmliche Maßnahmen. Sie hätten es daher auch viel leichter, sich z.B. zu therapeutischen Zielen, seien dies Haupt- oder Nebenziele, zu bekennen, statt die „eigentliche“ Arbeitswelt nach- oder vorzuspielen. Solche Beschäftigungsmaßnahmen würden daher auch bei den Betroffenen weniger Illusionen schaffen, die einen Wechsel in die reale Arbeitswelt nur behindern.

Ein Bürgergeld wäre sicherlich für den Staat teuer. Unter anderem deswegen hält sich immer noch so hartnäckig die Hoffnung auf andere Auswege. Die Hoffnungen heißen in Deutschland beispielsweise Regierungswechsel, Kombilohn oder Entbürokratisierung, und so wird es weitergehen. Die Hoffnungen werden neue Namen bekommen, aber mit diesen Hoffnungen vergeht eins ums andere Jahrzehnt, das gezeichnet ist von Fehlversuchen. Man drückt sich vor teuren Lösungen, weil man nicht wahrhaben will, dass es keine kostengünstigeren gibt.

Einer der grandiosen Irrtümer, die zu solchen Fehleinschätzungen beitragen, ist die weit verbreitete Vorstellung, dass Arbeitslosigkeit massiv den Wohlstand untergräbt. Man meint, man müsse nur die Arbeitslosigkeit

erfolgreich bekämpfen, und dann würde quasi wie von selbst auch der Wohlstand steigen und die Staatskasse sich dementsprechend füllen. Wer so argumentiert, hat aber falsch gerechnet. Ob und wie rasch der Wohlstand wächst, hat nämlich mit Arbeitslosigkeit herzlich wenig zu tun.

Der Beweis ist sehr einfach. Angenommen, der Druck auf die Arbeitslosen ließe sich so weit erhöhen, dass die statistisch gemessene Arbeitslosigkeit um 4 Prozentpunkte abnimmt, also beispielsweise von 8% auf 4%. Die Wirtschaftsleistung würde dann, so könnte man meinen, um etwa 4% steigen. Damit wäre zumindest dann zu rechnen, wenn die zusätzlich Beschäftigten ebenso produktiv wären wie die anderen.

Gerade dies wäre aber nicht der Fall. Die durchschnittliche Produktivität der zusätzlich Beschäftigten, also der andernfalls Arbeitslosen, wäre deutlich niedriger. Sie läge - dies ist eine sehr grobe, aber auch sehr realistische und sehr vorsichtige Schätzung - bestenfalls halb so hoch wie bei den anderen Arbeitskräften. Dementsprechend würde bei einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um 4 Prozentpunkte die Wirtschaftsleistung einmalig um maximal 2% steigen.

Von diesen höchstens 2% theoretischem Wohlstandsgewinn ist noch ein Wohlstandsverlust durch Wegfall von Schwarzarbeit abzurechnen. Der reale Wohlstandsgewinn für die Gesellschaft läge daher eher bei einem Prozent als bei zweien. Das wäre natürlich eine Bagatelle. Ginge man arbeitsmarkttheoretisch weiter ins Detail, ginge man beispielsweise auf die Wirkungen eines so genannten Gleichbehandlungsanspruchs in der Arbeitswelt ein², dann müsste man den tatsächlichen Wohlstandsgewinn sogar noch niedriger ansetzen. Auf jeden Fall bliebe, wenn überhaupt ein rechnerisch nachweisbarer durchschnittlicher Wohlstandsgewinn erzielt würde, dieser unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Erreicht worden wäre in der Hauptsache mehr Beschäftigung durch mehr Armut.

Die Schlussfolgerung hieraus ist klar. Beschäftigungserfolge dieser Art wären für sich genommen Pyrrhussiege. Sie wären erkaufte durch eine Entsolidarisierung, die immer auch die Gefahr einer sozialen Destabilisierung in sich trüge. Auch die soziale Stabilität ist aber ein hohes Gut, und sie ist einen entsprechend hohen Preis wert. Dass sie allemal 1% des Sozialprodukts wert

² Zu den arbeitsmarkttheoretischen Details s. insbesondere B. Wehner, Der Arbeitsmarkt im Sozialstaat, Hamburg 2001.

wäre, den Preis nämlich für das Festhalten am bestehenden System, werden selbst die hartgesottensten Kritiker der Sozialstaatlichkeit nicht bestreiten.

Wenn also die Gesellschaft vermeiden will, dass mehr Beschäftigung durch mehr und schlimmere Armut erkaufte wird, muss sie sich dies nicht viel, aber doch einiges kosten lassen. Wenn sie etwas Besseres will als das bestehende System, sollte ihr dies auch mehr als nur 1% des kollektiven Wohlstands wert sein. Welchen Weg ein Staat und eine Gesellschaft hierbei letztlich gehen, ist vor allem eine moralische Frage. Es geht um die moralische Bewertung von Arbeitslosigkeit und Armut. Es geht im Übrigen auch darum, welche Formen staatlicher Einmischung in Fragen der individuellen Bedürftigkeit wir für zumutbar halten. Das Bürgergeld ist das einzige Konzept, das auf all diese Fragen eine klare Antwort gibt. Es würde die Beschäftigung erhöhen, der Armut vorbeugen, und es würde zugleich die staatliche Einmischung in Fragen der individuellen Bedürftigkeit zurückdrängen.

Bürgergeld und Alterssicherung

Das Bürgergeld ist nicht nur ein Vollbeschäftigungskonzept und nicht nur ein Konzept gesellschaftlicher Solidarität, sondern es wäre - in seiner Eigenschaft nämlich als erhöhtes Kindergeld - auch ein Konzept zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung. Diesen demographischen Aspekt will ich hier übergehen. Ich will aber kurz auf die Funktion des Bürgergeldes bei der Alterssicherung eingehen. Das Bürgergeld ist nämlich ein Konzept, das eine neue Balance zwischen staatlicher und privater Vorsorge, zwischen Umlagefinanzierung und individueller Eigenfinanzierung schaffen könnte.

Die Dramatik dieses Problems lässt sich mit einem einfachen Zahlenbeispiel erläutern. Bei wachsender Lebenserwartung wird sich der Durchschnittsbürger in Zukunft wünschen, nach dem Renteneintritt noch mindestens 20, in absehbarer Zukunft sogar eher 25 Jahre zu leben. Er wünscht sich dabei natürlich ein gutes Auskommen. Für einen 2-Personenhaushalt wird er sich wünschen, monatlich über mindestens etwa € 2000,- zu verfügen. In gut 20 Rentnerlebensjahren summiert sich dies auf etwa € 500.000,-. Dies ist in etwa die Ersparnis, über die ein 2-Personen-Haushalt am Ende des Erwerbslebens verfügen müsste, um auf ein finanziell gesichertes Rentnerdasein vertrauen zu können. Zu vererben gibt es dabei noch nichts.

Natürlich ist es Illusion zu erwarten, dass jedem eine solche Vermögensbildung im Laufe des Arbeitslebens gelingt. Unter anderem deswegen werden Alterseinkünfte auch in Zukunft durch Umlage zu finanzieren sein. Eine vollständige Kapitaldeckung der Alterseinkünfte kann es also niemals geben. Die Arbeitenden werden immer zu einem erheblichen Teil unmittelbar für das Einkommen der Alten sorgen müssen.

Das Bürgergeld wäre eine solche Umlage, die auch den Alten zugute käme. Es wäre ein Sockeleinkommen auch für die Generation der Alten. Weil es aber nicht ausreichen würde, um allein einen angemessenen Mindestlebensstandard zu sichern, müsste im Alter zum Bürgergeld ein Einkommen aus privat finanzierter Vorsorge hinzutreten. Es müsste daher eine Versicherungspflicht geben, die solche zusätzliche Vorsorge sicherstellt. Individuell vorgesorgt werden müsste aber eben nur für das geringe zusätzliche Einkommen, das über das Bürgergeld hinaus notwendig wäre. Entsprechend gering wären die für eine solche private Altersvorsorge zu zahlenden Beiträge.

Lassen Sie mich also kurz resümieren:

1. Das Bürgergeld könnte Vollbeschäftigung herbeiführen.
2. Das Bürgergeld würde die soziale Stabilität sichern.
3. Das Bürgergeld würde das Problem der Alterssicherung lösen.
4. Das Bürgergeld würde die demographische Entwicklung stabilisieren.

Und schließlich

5. Das Bürgergeld würde all dies tun, ohne dass der Staat sich in das Leben seiner Bürger unbotmäßig einmischen müsste.

Damit könnte das Bürgergeld als eine Art Patentlösung, fast als ein Allheilmittel erscheinen, das schon für sich genommen die Politik auf gesunde Füße stellen würde. Hiervon aber ist das Bürgergeldkonzept weit entfernt.

Die Finanzierung des Bürgergeldes

Patentlösungen werden in der Politik immer wieder angeboten, aber was zunächst so patent erscheint, erweist sich bei näherem Hinsehen oft als

unfinanzierbar. Daher will ich hier einen kurzen Kommentar zur Finanzierung des Bürgergeldes geben.

Das Bürgergeld wäre aus Steuern finanzierbar, ohne dass die Bürger vom Staat nennenswert stärker belastet werden müssten als bisher. Das gilt auch für das echte Bürgergeld, also dasjenige, das wirklich jeder Bürger, der es haben will, ausgezahlt bekommt. Wer anderes behauptet, geht von falschen Voraussetzungen aus, nämlich von einer falschen Höhe des Bürgergeldes. Das Wesen des Bürgergeldes ist es, dass es für sich genommen den Lebensunterhalt *nicht* sichert. Es müssen weitere Einkünfte hinzukommen, wenn nicht ein eigenes Arbeitseinkommen oder das eines Lebenspartners, dann Zahlungen einer Arbeitslosenkasse, einer Kranken-, einer Invaliditäts- oder einer Rentenkasse. Wäre dies nicht der Fall, dann, aber eben auch nur dann, müsste das Bürgergeld tatsächlich in Höhe eines auskömmlichen Existenzminimums angesetzt werden, also etwa in Höhe der derzeitigen Sozialhilfe. Ein so hoch bemessenes Bürgergeld wäre aber weder aus Gerechtigkeitsgründen notwendig, noch wäre es beschäftigungspolitisch vernünftig. Es wäre nur unfinanzierbar.

Ein problemloser finanzierbares Bürgergeld könnte nach heutigen Maßstäben in einer Größenordnung bis ca. € 500,- liegen, für einen Zwei-Personen-Haushalt also bis € 1000,- und für eine vierköpfige Familie bis € 2.000,-. Dies würde die Beiträge für die notwendigen Mindestversicherungen einschließen.

Wie hoch ein Bürgergeld tatsächlich bemessen würde, wäre natürlich immer eine politische Entscheidung, in der das solidarische Empfinden, die beschäftigungspolitische, die demographische und andere Überzeugungen der Bürger zum Ausdruck kämen. Ein Bürgergeld in der genannten Größenordnung aber wäre finanzierbar, ohne dass die Steuer- und Abgabenlast höher läge, als es derzeit hierzulande der Fall ist. In einem Bürgergeldsystem müsste nur das, was heute Sozialabgaben genannt wird, in eine Steuer umgewandelt werden. Die Lohn- und Einkommensteuern wären also etwa in dem Maße zu erhöhen, wie die Sozialabgaben gesenkt werden.

Im Übrigen wäre mit einer Umstellung auf ein Bürgergeldmodell die Chance gegeben, die Undurchschaubarkeit herkömmlicher Umverteilung, die über das gesamte Steuer- und Abgabensystem verstreut ist, ein für allemal zu beseitigen. Ein Bürgergeld könnte vollständig aus einer progressiven Lohn-

und Einkommensteuer sowie evtl. der Erbschaftsteuer finanziert werden. Diese Steuer wäre damit eine reine Solidarsteuer, die es in so überschaubarer Form noch niemals gegeben hat. Jeder Bürger könnte in einem solchen System an seinem Steuerbescheid ablesen, wie viel er für die gesellschaftliche Solidarität bezahlt, und ebenso könnte er am empfangenen Bürgergeld erkennen, wie viel Solidarität er von der Gesellschaft materiell erfährt. Diese fiskalpolitische Verselbständigung gesellschaftlicher Solidarität wäre sogar, ich komme noch darauf zurück, eine viel bedeutendere und auch viel dringlichere Reform als das Bürgergeld selbst.

Bürgergeld – ein Generationenprojekt

Schon aus dieser verfassungspolitischen Tragweite ergibt sich, dass es niemals darum gehen kann, ein Bürgergeldsystem in kurzer Frist für alle Bürger verbindlich zu machen. Ein Bürgergeldsystem darf nicht aufoktroyiert werden. Die meisten Bürger haben auf den Fortbestand des bestehenden Sozialsystems vertraut, und dieses Vertrauen ist politisch zu respektieren. Selbst wenn die Mehrheit es so wollte, dürften niemandem zwangsweise die Ansprüche an ein bestehendes Sozialsystem entzogen werden.

Das Bürgergeldsystem ist daher ein Modell für nachwachsende Generationen. Es ist ein Modell für diejenigen, die noch keine irreversiblen Ansprüche an das Sozialsystem gebildet haben. An einem Bürgergeldsystem sollten daher nur die Bürger teilnehmen, die bei einer Systemumstellung höchstens 15 Jahre alt sind. Alle anderen sollten ihr Leben nach den geltenden Regeln zu Ende leben können, wenn sie dies wollen.

Ein System, das gerechterweise nur für nachwachsende Generationen eingeführt werden kann, hat eine lange Übergangszeit. Der Übergang wäre erst dann endgültig bewältigt, wenn das Leben der letzten Nicht-Bürgergeldempfänger zu Ende gegangen ist. Die Übergangszeit würde demnach mehr als 80 Jahre dauern. Allein dies zeigt, dass das Bürgergeldmodell von vornherein als ein generationenübergreifendes Projekt verstanden werden müsste.

Die traurige Wahrheit ist leider, dass ein solches Projekt die Möglichkeiten unseres bestehenden politischen Systems weit übersteigt. Wir haben nicht die politischen Institutionen, die einem solchen Projekt auch nur annähernd gewachsen wären. Erst recht haben wir keine Institutionen, die an einem solchen Projekt ein eigenes materielles oder auch ideelles Interesse hätten

und sich ihm daher jemals ernsthaft gewidmet hätten oder widmen würden. Wir haben nicht einmal eine Wissenschaft, die bereit wäre, sich den dadurch bedingten massiven Widerständen des politischen Systems entgegenzustellen. Dies ist einer der wichtigsten Gründe dafür, dass das Bürgergeldkonzept in der öffentlichen und auch in der wissenschaftlichen Diskussion so wenig Resonanz findet.

Simplizität und Transparenz der Umverteilung

Diesen kurzen Parforceritt durch das Bürgergeldwesen will ich abschließen mit einer scheinbar einfachen Frage. Die Frage lautet, ob ein System der Umverteilung, das möglichst einfach und für jedermann durchschaubar ist, für eine Gesellschaft überhaupt von Vorteil sein kann oder ob nicht umgekehrt die Umverteilung, also die materielle Gerechtigkeit einer Gesellschaft, etwas zwangsläufig Kompliziertes ist, das durch Vereinfachung eher Schaden nähme. Diese Frage ist keineswegs abwegig. Man könnte ja in der Tat in der verdeckten und dadurch verkomplizierten Umverteilung das Verdienst einer politischen Elite sehen, die damit die Gesellschaft klammheimlich, aber doch zum objektiven oder subjektiven Vorteil einer Mehrheit, solidarischer und stabiler gestaltet, als es sich in einem ganz und gar transparenten System ergäbe. Eine solche Mehrheit hätte demnach objektiv oder zumindest subjektiv Grund, bei einem Wechsel zu einem transparenten System materielle Nachteile zu befürchten. Dies wäre ein verständliches Motiv, es im Großen und Ganzen bei dem schwer durchschaubaren bestehenden Umverteilungssystem zu belassen.

Ganz anders würde das Urteil ausfallen, wenn die Frage lautete, ob *komme*nde Generationen in ein möglichst simples und daher transparentes System der Umverteilung hineinwachsen sollten. Niemand müsste sich von einer solchen Umstellung unmittelbar betroffen fühlen. Niemand hätte daher auch ein persönliches materielles Motiv, sich gegen ein solches transparentes System aufzulehnen. Es ginge nur darum, ob man künftigen Generationen den Umgang mit einem einfachen und transparenten System zutraut. Auf diese Frage würde sicher die überwältigende Mehrheit mit Ja antworten.

Die Konsequenzen aus einem solchen Ja sind dramatisch. Schon wer nämlich dieses Ja nur gedacht hat, ist, ohne dies vermutlich so gemeint zu haben, schon zu einem ausgesprochenen Revolutionär geworden. Wer nämlich auf

lange Sicht Transparenz in der Umverteilung will, der muss auch einen ganz anderen Staat wollen. Das aber ist ein höchst revolutionäres Ansinnen.

Im bestehenden Staat wird es niemals ein Verfahren geben, das einen halbwegs verlässlichen generationenlangen Übergang zu einem neuen System der Umverteilung gewährleistet. Es wird allenfalls kleine Schritte geben, und jeder solche kleine Schritt könnte in einer kommenden Legislaturperiode von einer möglicherweise veränderten politischen Mehrheit wieder korrigiert werden, sei es aus ideologischen oder interessenpolitischen Gründen. Dieses unser System ist eben politisch auf einen kurzen Zeithorizont festgelegt, und es kann Bestehendes daher allenfalls in kleinen, niemals langfristig verlässlichen Schritten verändern. Einen verlässlichen langfristigen Prozess, der kommende Generationen in ein überschaubares und transparentes Umverteilungssystem geleitet, wird es daher frühestens *nach* der nächsten Revolution geben, oder etwas weniger drastisch formuliert: nach der nächsten Etappe der sozialen, das Staatswesen umfassenden Evolution.

Ein neues Staatsmodell

Wir leben in einer merkwürdigen Übergangszeit. Noch sind viele Bürger irgendwie stolz darauf, in einer Demokratie zu leben. Noch scheint es auch so, als sei diese Demokratie durch Mehrheitsentscheidungen legitimiert. Noch kann sich insofern auch unser Staat darauf berufen, die Mehrheit der Bürger stehe hinter ihm. Und doch ist mit diesem Staat, mit dieser politischen Ordnung, etwas fundamental in Unordnung. Die Konzeption unserer Demokratie ist mittlerweile mehr als zwei Jahrhunderte alt. Sie stammt aus einer Zeit, mit der die unsrige nur noch wenig gemein hat. Die Frage, ob nicht unsere Zeit längst eine ganz andere Art von Demokratie benötigt, ist daher mehr als überfällig.

In Fragen der politischen Ordnung lassen sich – anders als in den Naturwissenschaften - kollektive Irrtümer leider nicht in wenigen Jahren und auch nicht in ein paar Jahrzehnten korrigieren. Die Zeiträume sind um ein Vielfaches länger. Man kann im Vorhinein keine stringenten Beweise führen. Man kann schwerlich ein Staatsvolk überreden, freiwillig Experimente an sich durchführen zu lassen, die über große kollektive Irrtümer aufklären könnten. Eine politische Ordnung lässt sich leider nicht auf so geordnete, experimen-

tell untermauerte Weise abschaffen. Sie kann nur irgendwann aus innerer Schwäche implodieren.

Ich will zwei Schlüsselbegriffe nennen, die Schlaglichter auf den anachronistischen Charakter unserer demokratischen Ordnung werfen können. Der erste ist der Begriff des *politischen Generalismus*. Man kann denselben Sachverhalt auch als politische Allzuständigkeit bezeichnen oder als das Gegenteil von politischer Spezialisierung. Man kann es auch schlicht politische Überforderung nennen. Der Staat - oder genauer: die so genannten Verfassungsorgane - tut immer noch so, als sei er der politischen Probleme in Gänze gewachsen, und mit ihm tun es die politischen Parteien. Staat und Parteien können aber immer weniger verbergen, wie hoffnungslos sie überfordert sind. Sie agieren noch so, wie die vor Jahrhunderten konzipierte politische Ordnung es ihnen vorgibt, aber sie erweisen sich dieser Rolle immer weniger gewachsen.

Erstaunlich ist, wie dieser Staat und die Parteien sich dennoch immer wieder halbwegs populär in Szene setzen können. Ein großer Teil der Bürger hat ja auch diesen Staat und seine demokratischen Rituale in gewisser Weise liebgewonnen. So überfordert Staat und Parteien sind, so attraktiv erscheint vielen Bürgern noch immer die Möglichkeit, über die Politik als ganze mitreden und in der Politik als ganzer mitmischen zu können. Man mischt mit als Wähler, man mischt mit als Parteimitglied, man fühlt sich unterhalten von der politischen Publizistik, und man erlebt, wie all dies auch wissenschaftlich begleitet wird. Dies ist die Faszination des politischen Generalismus, des Gedankens also, am Großen und Ganzen des Staates teilzuhaben. Eben diese Faszination aber untergräbt die Einsicht in die Überforderung.

Das zweite Stichwort, das ein Licht auf die Unzulänglichkeit der bestehenden Demokratie wirft, ist das der *politischen Assoziationsfreiheit*. Dies ist sicher ein noch sehr abstrakt klingender, sperriger und daher auch schwieriger Begriff. Dennoch ist es ein Begriff von ähnlicher politischer Sprengkraft, wie es vormals, zu Zeiten nämlich von Monarchie, Ständestaat und Despotie, der Begriff der Demokratie gewesen ist. Politische Assoziationsfreiheit ist die Freiheit des Bürgers, zu entscheiden, auf welchem Feld der Politik er mit wem einen gemeinsamen Staat betreiben will. Dies geht damit weit über den politischen Freiheitsbegriff der bestehenden Demokratie hinaus.

Der herkömmliche demokratische Nationalstaat gewährt diese Freiheit nicht. Er ist, ganz im Gegenteil, in dieser Hinsicht ein starres System, sei es, indem er falsch gezogene Staatsgrenzen festschreibt, oder sei es auch, indem er einen Prozess wie den der europäischen Integration fortschreibt, ohne ihn auch nur halbwegs zu Ende gedacht zu haben. Dieser herkömmliche Staat ist sogar darauf angelegt, die politische Assoziationsfreiheit notfalls gewaltsam zu bekämpfen. Demokratische Staaten tun dies beispielsweise im gewaltsamen Kampf gegen Separatisten. Sie tun dies, allgemein gesagt, im Kampf gegen Gruppen, die sich aus den verschiedensten Gründen ihrem Staat auf mindestens einem Feld der Politik nicht zugehörig fühlen.

Kaum etwas ist erschütternder als die Einsicht, dass wir in einem falsch konzipierten Staatswesen leben. Es ist ein intellektuelles Erdbeben. Es ist eine Umwälzung des Denkens, die nur vergleichbar ist mit der gedanklichen Überwindung vordemokratischer Systeme oder vielleicht auch mit dem Zusammenbruch des Sozialismus. Es wäre die Einsicht, dass wir als Demokraten inzwischen in einer Art Ancien Regime leben. Es wäre die Einsicht, dass Verfechter der bestehenden Ordnung, also auch unserer so genannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu vergleichen sind mit den Hütern der Monarchie in der Ära heraufziehenden demokratischen Gedankenguts. Es wäre auch die Einsicht, dass unsere gewohnten politischen Grundbegriffe zu Zwangsjacken des politischen Denkens geworden sind.

Es gibt ein System, das sowohl eine Befreiung von der politischen Überforderung verspräche als auch ein neues Maß an politischer Assoziationsfreiheit. Dieses System hat den Namen Neokratie. Der Begriff Neokratie steht für eine Vielfalt möglicher Staatsformen, von denen die bestehende Demokratie nicht mehr als eine sehr schwach entwickelte Frühform ist. Welche dieser vielen möglichen, höher entwickelten Staatsformen wann an welchem Ort realisierbar wird, ist eine Frage der Evolution demokratischer Staatswesen. Unsere Demokratie jedenfalls stellt in dieser Evolution eine Entwicklungsstufe dar, über die ganz langsam, aber auch ganz sicher, die Zeit hinweggehen wird.

Man kann das Organisationsmodell der Neokratie auch mehrspurige Demokratie nennen oder auch Spartenstaat. Ein ganz wichtiger Aspekt dieses Modells ist, dass es darin z.B. eine eigenständige Sparte geben könnte, die nur für Solidarität und Beschäftigung zuständig ist. Nur wenn eine solche selbstständige Staatssparte sich etabliert hätte, wären beispielsweise die Voraussetzungen geschaffen für ein Bürgergeldsystem. Unter anderem

deswegen wäre die Schaffung dieser Staatssparte viel wichtiger und auch viel dringlicher als das Bürgergeld selbst. Es müsste also vordringlich eine ganz und gar eigenständige staatliche Institution geschaffen werden, die eine Solidarsteuer erhebt und die damit zu finanzierenden staatlichen Solidarleistungen erbringt, also beispielsweise ein Bürgergeld. Möglich würde dies in einem höher entwickelten neokratischen Staatswesen.

Wie lange der herkömmliche demokratische Nationalstaat noch überleben wird, ist nicht vorhersehbar, so wenig wie die restliche Lebensdauer von Monarchie, Ständestaat und Sozialismus je lange im Voraus abschätzbar war. Sicher ist nur, dass auch diese - also unsere - Staatsform nicht für die Ewigkeit gemacht ist. Sie ist der wachsenden Komplexität der politischen Verhältnisse nicht gewachsen, und sie wird auch den wachsenden Freiheitsbedürfnissen aufgeklärter Bürger auf Dauer nicht gewachsen sein.

Der Sozialismus war eine Ideologie, die nicht nur am wachsenden Freiheitswillen, sondern auch an der wachsenden Komplexität der politischen und wirtschaftlichen Realitäten gescheitert ist. Eine halbe Generation später merken wir - oder könnten wir bemerken, wenn wir es wirklich wollten - dass der demokratische Nationalstaat vor ganz ähnlichen Problemen steht. Die Welt wird weiterhin dramatisch komplizierter, wirtschaftlich *und* politisch, und auf diese Entwicklung bleiben die bestehenden Demokratien die Antwort notgedrungen schuldig. Nur eine neokratische Evolution der Staatsformen würde solche Antworten möglich machen.

Probleme des Übergangs

Politisch leben wir in einer Zeit der Widersprüche. Die Demoskopie lehrt uns, dass nur etwa 10% der Bürger noch Vertrauen in die politischen Parteien haben, aber wir wissen auch, dass gut 60% der Wahlberechtigten noch politische Parteien wählen. Sicher kann man fragen, was man als potentieller Wähler denn anderes machen sollte, als wenigstens für das geringere Übel zu votieren. Dennoch bleibt dieser Spagat zwischen Misstrauen gegenüber den Parteien und der Bereitschaft, Parteien zu wählen, schwer erklärlich. Konsequenter wäre es, wenn dieses Misstrauen wenigstens in Wahlen unmissverständlich artikuliert werden könnte.³

³ Verfahrensvorschläge hierzu finden sich u.a. in B. Wehner, Die Logik des politischen Wettbewerbs, und ders., Der Staat auf Bewährung (beides verfügbar in www.reformforum-neopolis.de).

Es ist niemandem zu verübeln, wenn er sich selbst Erschütterungen seiner politischen Grundüberzeugungen ersparen will. Die Vorstellung, dass wir nicht ohne fundamentale Alternativen dastehen, sollte aber Mut machen, auch fundamentalen Widerspruch zu wagen. Politische Assoziationsfreiheit, Neokratie, eigenständiger Solidarstaat und Bürgergeld sind einige der Begriffe, die für diese fundamentalen Alternativen stehen.

Es gibt schon für die jetzigen und erst recht für kommende Generationen keine, wirklich keine wichtigere Aufgabe als die Erneuerung unserer überalterten Staatsform. Ein neues Bewusstsein von Demokratie wäre auf vielen Gebieten die Voraussetzung für eine grundlegende Erneuerung des Denkens, aber eben nicht nur des Denkens. Darin, sich dieser Herausforderung zu verweigern, liegt ein großes intellektuelles Versagen unserer Zeit.

Ich sage all dies, obwohl ich weiß, dass auch hier die überzeugten Anhänger der bestehenden Demokratie natürlich die große Mehrheit sind. Wer so respektlos mit dieser Demokratie umgeht wie ich, der muss damit rechnen, solche Mehrheiten gegen sich zu haben, und vielleicht sogar damit, einer Mehrheit zumindest etwas wirklichkeitsfremd zu erscheinen. Dies nehme ich aber sehr gern auf mich. Von der unbequemen Botschaft jedenfalls, dass tiefe Erschütterungen politischer und gesellschaftlicher Grundüberzeugungen anstehen, ist nichts zurückzunehmen. Die beruhigende Erwartung, dass diese Erschütterungen uns nicht mehr zu Lebzeiten treffen werden, könnte trügerisch sein.

02 – 2006

www.reformforum-neopolis.de